

Stellungnahme der AGGM zur Sichtweise der E-Control nach dem 4. Workshop „Parameter der Bilanzierung“ vom 4.12.2018

i.R.d. Stakeholderprozesses zur Weiterentwicklung des
Bilanzierungsmodells für den österreichischen Gasmarkt

Stellungnahme der AGGM zur Sichtweise der E-Control nach dem 4. Workshop „Parameter der Bilanzierung“ vom 4.12.2018 i.R.d. Stakeholderprozess zur Weiterentwicklung des Bilanzierungsmodells für den österreichischen Gasmarkt

Die AGGM bedankt sich für die Möglichkeit, zur Sichtweise der E-Control nach dem 4. Workshop „Parameter der Bilanzierung“ vom 4.12.2018 i.R.d. Stakeholderprozess zur Weiterentwicklung des Bilanzierungsmodells für den österreichischen Gasmarkt Stellung nehmen zu dürfen. Aufgrund ihrer Funktion nimmt die AGGM ausschließlich zu Regelungen Stellung, die sie in ihrer Tätigkeit als Markt- oder Verteilergebietsmanager betreffen.

Seite 2 unter

Inhaltliche Einordnung bzgl. Bilanzierungsrelevanz und Berücksichtigung für BG-Einschränkung:

Bezüglich der Diskussion zur künftigen Gestaltung der BG-Einschränkungsprozesse sehen wir künftig den Marktgebietsmanager und nicht (wie im Dokument formuliert) die Bilanzierungsstelle in der operativen Verantwortung

Begründung

Die Einschränkungen müssen (sofern erforderlich) bereits zur Laufzeit auf Nominierungsbasis durch den Marktgebietsmanager, dem auch im aktuellen Modell diese Aufgabe zukommt, erfolgen und haben ggf. lediglich Auswirkungen im Ergebnis der standardmäßig abzuwickelnden finanziellen Clearingprozesse bei der künftigen Bilanzierungsstelle.

Seite 2 unter

Inhaltliche Einordnung von Großabnehmerfahrplänen – gemäß Zusammenfassung des 2. Workshops:

Sollte der von AGGM und GCA vorgeschlagene Anreizmechanismus für die Qualität von Großabnehmerfahrplänen im Rahmen eines neuen Bilanzierungsmodells nicht umgesetzt werden, erachtet es AGGM als erforderlich, die BGVs zumindest vertraglich dazu anzuhalten, möglichst stundengenaue Großabnehmerfahrpläne zu übermitteln. Als mögliches Vorbild für eine solche vertragliche Regelung könnte aus Sicht der AGGM Punkt 25.9 AB MGM-VGM-BGV Ost herangezogen werden, wobei der Sachverhalt an die dann gegebenen Umstände entsprechend anzupassen wäre.

Begründung

Eine allgemeine vertragliche Verpflichtung zur Übermittlung von stundengenauen Großabnehmerfahrplänen auf Basis Können und Vermögen soll einem Qualitätsverlust aufgrund des Entfalls jeglicher Verpflichtung entgegenwirken.

Seite 2 unter

Inhaltliche Einordnung von Großabnehmerfahrplänen – gemäß Zusammenfassung des 2. Workshops: und Seite 4 unter

Sichtweise der E-Control und Arbeitsauftrag an die Stakeholder:

Bezüglich der Ankündigung einer Neufestlegung hinsichtlich der Leistungsschwelle für Großabnehmer plädiert AGGM für eine Beibehaltung der vertraglichen Höchstleistung > 50.000 kWh/h

Begründung

Insbesondere in Teilnetzen mit jeweils nur einer Anbindung an den Netzverbund und mit jeweils wenig verfügbarem Linepack (z.B. sämtliche Versorgungsgebiete in Kärnten) sind auch Endkunden ab einer Leistungsschwelle 50.000 kWh/h mitunter dominant und die Kenntnis über deren geplante Fahrweisen von großer Bedeutung für eine sichere Netzsteuerung. In diesem Zusammenhang ist auch der Vorschlag zur Übermittlungspflicht von stundengenauen Großabnehmerfahrplänen zu sehen.

Darüber hinaus hat diese Leistungsgrenze auch für die Großabnehmerdefinition aus dem EnergielenkungsG Bedeutung. Die für die Verpflichtung zur Fahrplanübermittlung (Netzsteuerung) als auch im EnergielenkungsG (potentielle getrennte Bewirtschaftung von Großabnehmern durch E-Control im Krisenfall) relevante Großabnehmerdefinition muss daher unseres Erachtens nicht mit der Grenze zwischen Tagesband- und Stundenallokation, die lediglich für die Abgrenzung erforderlich ist, ob stündliche Anreize im Bilanzierungsregime als erforderlich erachtet werden, zusammenfallen, da die Ratio für diese Grenzen jeweils unterschiedliche sind.

Seite 4 unter

Sichtweise der E-Control und Arbeitsauftrag an die Stakeholder:

Großabnehmerfahrpläne sind (entgegen zweitem Sub-Aufzählungspunkt auf Seite 4) als Basisdaten für BG-Einschränkungen heranzuziehen.

Begründung

Zur Beurteilung des Einschränkungsbedarfs bei BGs ist die voraussichtliche Ausspeisung aus dem Marktgebiet bis zum Ende des Gastags unbedingt erforderlich. Andernfalls besteht das Risiko, dass Einschränkungen von BGs in einer Nachbetrachtung als nicht erforderlich erkannt werden würden. Eine Verbrauchsprognose von bestimmten Großabnehmertypen (insbesondere von Kraftwerken) ist technisch nicht sinnvoll möglich. Auch in Übereinstimmung mit allen diskutierten Optionen 0, 1 und 2 zum Thema „Marktgebietseinkürzung neu“ (siehe entsprechenden Foliensatz vom 4.12.2018) wären Großabnehmerfahrpläne daher zwingend als Basisdaten für BG-Einschränkungen heranzuziehen.

Seite 5 unter

Kommerzielle Betrachtung

Zu dem nunmehr vorgeschlagenen Preismechanismus für den Kostenbeitrag zur Strukturierung unterbreiten wir folgenden Ergänzungsvorschlag: Die Kosten je BG sollen in Summe mit den Kosten der Bilanzierungsstelle zufolge der gegenläufigen Regelenergieabrufe durch den MVGM gedeckelt werden.

Begründung

Im vorliegenden Konzept ist nicht ausgeschlossen, dass im Fall kleinerer gegenläufiger Regelenergiemengen im Vergleich zur Summe der Toleranzüberschreitungen aller BG die BG an einem Gastag in Summe höhere Kostenbeiträge zu leisten hätten als die Bilanzierungsstelle zufolge der gegenläufigen Regelenergieabrufe durch den MVGM. Dies soll durch eine Deckelung anhand der Kosten aus den gegenläufigen Abrufen im Verhältnis zur Toleranzüberschreitung je BG vermieden werden.